

„Die Türkei driftet in eine Diktatur ab“



Grenz Echo - 05 Okt. 2017
Pagina 8

Als „sehr beunruhigend“ bezeichnet die ostbelgische Kammerabgeordnete Katrin Jadin (PFF-MR) die Lage in der Türkei. Die 37-Jährige führte letzte Woche eine Parlamentsdelegation an, die sich vor Ort ein Bild machte.

Neben der Hauptstadt Ankara und der Metropole Istanbul waren die Abgeordneten in Gaziantep und Kilis zu Gast. Außerdem wurde der NATO-Stützpunkt in Izmir besucht. „Wir haben Vertreter aller politischen Parteien im Parlament, Nichtregierungsorganisationen - darunter Amnesty International - besucht. Wir haben mit Journalisten gesprochen und mit Vertretern aus Justiz und aus dem akademischen Bereich ausgetauscht“, erklärte Katrin Jadin nach ihrer Rückkehr gegenüber dem GrenzEcho.

„Das Fazit bleibt immer gleich: Mit über 130.000 verhafteten Menschen aus Politik, Justiz, Medien und aus dem Bildungswesen, mit etwa 150.000 Personen, die ihre Ämter verloren haben, und mit Reformen, die das Gleichgewicht von Gerichtsbarkeit, Legislative und Exekutive zerstören, driftet die Türkei zusehends von einem eher demokratischen Rechtsstaat in die Diktatur ab“, stellt die Eupenerin fest. Bereits seit 2013 seien die Bedenken über die Lage am Bosphorus im Kammerausschuss für Außenpolitik gestiegen. Doch diese Sorgen hätten noch einmal deutlich zugenommen seit dem vereitelten Staatsstreich in der Türkei im Sommer des letzten Jahres. Vor diesem Hintergrund fand die Reise der belgischen Abgeordneten statt: „Es war uns ein besonderes Anliegen, zu analysieren, wie wir dem bestmöglich entgegenwirken können.“ Jadin ist seit dem Beginn der Legislaturperiode Vizepräsidentin der zuständigen Kammerkommission und übernahm die Leitung der Delegation, weil Ausschusspräsident Dirk Van der Maelen (SP.A) aus Termingründen absagen musste.

„Wir mussten eine gewisse Anonymität garantieren. Das ist sehr alarmierend.“

Besonders aufgefallen seien ihr die Umstände, in denen die Gespräche geführt wurden: „Wir mussten eine gewisse Anonymität garantieren. Das alleine ist schon sehr alarmierend. Viele Türken schweigen. Nicht etwa, weil ihnen die aktuelle Situation ihres Landes gleichgültig ist. Sie schweigen aus Angst vor Repressalien, aus Angst, selbst ihren Job zu verlieren oder ins Gefängnis gehen zu müssen. Selbst der bloße Kontakt mit unserer Delegation schien eine potenzielle Gefahr zu sein“, bringt es die liberale Politikerin auf den Punkt.

Dabei bestehe die Türkei keineswegs nur aus Präsident Recep Tayyip Erdogan oder der mächtigen Regierungspartei AKP, sondern aus Menschen, „denen die Gewaltenteilung, die Wahrung der Menschenrechte und der Gleichheit von Mann und Frau alles bedeutet. Aus Menschen, die für ihre Freiheiten kämpfen und die in ihrem Streben nach Gerechtigkeit zu vielen Opfern bereit sind.“

Belgien dürfe diesen Menschen und ihrem Streben nach Freiheit und Demokratie nicht sich selbst überlassen, sondern müsse sie unterstützen. Jadin spricht sich dafür aus, den Dialog mit allen politischen Kräften aufrecht zu erhalten. Hinzu komme, dass die EU und die Türkei in gewissen Bereichen die gleichen Interessen hätten: „Wir brauchen - genau wie die Türkei - den Austausch und die Kooperation.“

Inzwischen stelle sie sich allerdings ernsthaft die Frage, ob man es am Bosphorus vielleicht provozieren wolle, dass die EU der Türkei den Rücken kehrt. Die Beitrittsgespräche mit der EU sind angesichts der Entwicklung seit dem letzten Sommer ohnehin „auf Eis gelegt“. Die PFF-Vorsitzende möchte weitere Kapitel im Rahmen der Verhandlungen „öffnen“, beispielsweise im Bereich der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Dafür müsste es aber eine Mehrheit auf europäischer Ebene geben.

Nicht zu vergessen sei ebenfalls, dass die Türkei Mitglied der NATO sei. „Auch damit sind Verpflichtungen verbunden, die - trotz des verhängten Ausnahmezustandes in der Türkei - eingehalten werden müssen.“

Von Christian Schmitz

Copyright © 2017 Grenz Echo. Alle rechten vorbehalten